

Ergänzungsleistungen für Familien sind chancenlos

LUZERN Nur 21 Prozent stimmten der Initiative der Grünen zu. Als generelle Absage an neue Sozialleistungen will Sozialdirektor Guido Graf das Ergebnis aber nicht werten.

Das Verdikt ist überdeutlich: 79 Prozent der Luzerner Stimmberechtigten lehnten die Initiative «Kinder fördern – Eltern stützen, Ergänzungsleistungen für Familien» ab. Die Initiative der Grünen und Jungen Grünen forderte, dass an einkommensschwache Familien im Kanton Ergänzungsleistungen ausbezahlt werden – analog zu den Ergänzungsleistungen des Bundes zur AHV/IV. Ausser den Grünen hat nur die SP das Volksbegehren unterstützt. Die Gegner argumentierten vor allem mit schwer abschätzbaren Kosten, einem neuen grossen Verwaltungsapparat oder mit der Tatsache, dass schon heute viel für Familien getan werde.

«Bürgerliche Hartherzigkeit»

Die Chancen auf einen Erfolg der Initiative waren von vornherein klein. Das klare Ergebnis sorgte bei den Grünen gestern für Ernüchterung. «Im Kanton Luzern müssen rund 2800 Kinder unter 15 Jahren in Armut leben», heisst es in der Medienmitteilung der Partei. Und weiter: «Einkommensschwache Familien bleiben Opfer bürgerlicher Hartherzigkeit, die bestehenden Massnahmen genügen nicht.» Man habe es nicht geschafft, Stimmen über das links-grüne Lager hinaus zu machen, analysiert Kan-

tonsrat Hans Stutz (Luzern), Sprecher des Initiativkomitees. «In der Stadt Luzern erreichten wir nicht einmal, dieses Potenzial ganz auszuschöpfen. Das ist enttäuschend.» In der Stadt Luzern erhielt die Initiative mit 32 Prozent Ja-Stimmen dennoch die höchste Zustimmung. Am wenigsten Zuspruch gab es im Wahlkreis Willisau, wo nur 14,9 Prozent der Stimmberechtigten ein Ja in die Urne legten.

Die Gründe für das schwache Ergebnis seien vielschichtig, meint Katharina Hubacher, Luzerner Grossstadträtin und Vorstandsmitglied der Grünen. Es habe sich beispielsweise wieder einmal gezeigt, dass der einkommensschwache Bevölkerungsteil keine Lobby habe. Und auch die Sparübungen des Kantons seien dem grünen Anliegen nicht förderlich gewesen. Auch Hans Stutz nennt die Finanzlage als wichtigen Grund: «Das Thema walzt alles nieder. Das sieht man auch daran, dass uns FDP und CVP nicht einmal zur Vorstellung der Initiative eingeladen haben. Sie fürchteten wohl, dass dadurch ihre Finanzpolitik in Frage gestellt werden könnte.»

Schwieriger Termin

Auch der Termin, kurz nach den Nationalratswahlen vom 18. Oktober

und gleichzeitig mit dem zweiten Wahlgang der Ständeratswahlen, habe den Abstimmungskampf erschwert, glaubt Stutz: «Trotz grossem Einsatz konnten wir unser Thema zu wenig in die Wahrnehmung der Bevölkerung rücken. Auch, weil nach dem 18. Oktober immer wieder Details zu den geplanten kantonalen Sparmassnahmen durchsickerten.»

Zwischen «Peanuts» und «Wahnsinn»

Die Initiative war sehr allgemein, im Stile einer Anregung gehalten. So war beispielsweise nicht klar, wie viel Geld bei einer Annahme der Initiative zusätzlich hätte ausgegeben werden müssen. Regierung und Gegner sprachen von Kosten zwischen 5 und 58 Millionen Franken, je nachdem wie weit der Kreis der Berechtigten gezogen worden wäre und bis zu welchem Alter der Kinder die Leistungen ausbezahlt worden wären. Ein taktischer Fehler? «Nein», glaubt Stutz. «Hätten wir das Ganze ausformuliert, wären Details der Vorlage angegriffen worden. Und hätten wir uns für eine 5-Millionen-Lösung eingesetzt, hätte es geheissen, dies seien «Peanuts». Bei 58 Millionen hingegen: «Die sind wahnsinnig.» Und Katharina

Hubacher ergänzt: «Regierung und Parlament hätten so die Gelegenheit gehabt, eine für Luzern massgeschneiderte Lösung zu entwickeln.»

Die Grünen würden sich aber weiter für die Belange der armen Bevölkerung einsetzen, betont Hans Stutz. So werde man Ende Monat in der kantonsrätlichen Budgetdebatte sämtliche Massnahmen ablehnen, die Familien zusätzlich belasten würden, insbesondere die Kürzungen bei der Prämienverbilligung.»

Zufriedener Guido Graf

Ganz anders war die Stimmung gestern naturgemäss bei Sozialdirektor Guido Graf (CVP). Auch wenn er ein Nein

erwartet habe, sei er erfreut über das klare Ergebnis, erklärte er gestern. Die Regierung hatte die Initiative auch aufgrund der angespannten Finanzlage zur Ablehnung empfohlen. Auch den von den Grünen kritisierten Abbau bei den Prämienverbilligungen verteidigt er: «Wir haben dank den Bundesbeiträgen mehr Mittel, die wir an einen kleineren Kreis von Berechtigten verteilen. Damit sind wir auf dem richtigen Weg. Das Geld geht an diejenigen, die es wirklich nötig haben.»



«Das Thema Sparen walzt alles nieder.»

HANS STUTZ, KANTONSRAT,
GRÜNE LUZERN

Ergänzungsleistungen

Stimmbeteiligung: 39 Prozent



Als Nein zu weiteren Sozialleistungen will Graf das Abstimmungsergebnis nicht verstehen. Auch als Nein gegen Familien dürfe das Resultat nicht gewertet werden. «Aber wir sollten in erster Linie Sorge tragen zu den bestehenden Angeboten und besser da ausbauen, wenn das nötig und sinnvoll erscheint.» Der Kanton Luzern leiste schliesslich schon jetzt viel für Familien. «Ich denke da nebst den Prämienverbilligungen auch an Steuerabzüge, Mutterschaftsentschädigung, Mutterschaftsbeihilfe, Inkassohilfe, Alimentenbevorschussung sowie die wirtschaftliche Sozialhilfe.» Gerade bei Letzterer bedürfe es auch einer besseren Kommunikation, glaubt Guido Graf. «Wir müssen auch immer wieder betonen, dass es nichts Unanständiges ist, wirtschaftliche Sozialhilfe zu beziehen. Dieses Angebot ist genau dafür da, Menschen in schwierigen Situationen zu unterstützen.»

CYRIL AREGGER
cyril.aregger@luzernerzeitung.ch